



Bürgerinitiative Ausländerstopp – Nachrichten

NÜRNBERG – Aktuelles aus Stadt und Rathaus – Ausgabe 3 / 2010

Nr. 33 – BIA-Nachrichten – Das deutsche Stadtblatt – für Volk und Heimat

Fax/Ruf: 09 11/64 61 76 Weltnetz: www.auslaenderstopp.de

ePost: info@auslaenderstopp.de

Aufruhr im „Migrantenstadt“

Berlin/Nürnberg

Als „lustigen Migrantenstadt“ und „Weltsozialamt“, beschreibt der bekannte Buchautor Udo Ulfkotte („Vorsicht Bürgerkrieg“) die Zustände in Deutschland und kündigt neue Veröffentlichungen an. Vor allem aber der frühere Berliner Senator und (noch) Bundesbankvorstandsmitglied Thilo Sarrazin sorgt derzeit für Aufsehen mit seinen einwanderungskritischen Äußerungen und seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“.

Nun sind die Erkenntnisse von Herrn Sarrazin nicht neu. Sie werden von der Nationalen Opposition, wie der NPD und der BIA, seit Jahrzehnten in ähnlicher Form politisch vertreten. Neu ist, daß dies jetzt ein bisheriger Angehöriger der herrschenden Politikerkaste macht, der nicht von den Massenmedien boykottiert wird, sondern frei zu Wort kommt. Und dies mit erfrischenden Aussagen, wie: „Wenn ich den Muezzin hören will, buche ich eine Reise ins Morgenland.“ Sarrazin stellt fest, daß sich die politische Klasse vom Kern der Probleme und vom deutschen Volk immer mehr entfernt. In seinem Buch zeigt er die Fakten

der bevölkerungspolitischen Entwicklung auf und bekennt, er wolle nicht, „daß das Land meiner Enkel und Urenkel zu großen Teilen muslimisch ist, daß dort über weite Strecken türkisch und arabisch gesprochen wird, die Frauen ein Kopftuch tragen und der Tagesrhythmus vom Ruf der Muezzine bestimmt wird.“

Die herrschende Ausländerpolitik nennt er „naiv“ und stellt weiter richtig fest: „Die sozialen Belastungen einer ungesteuerten Migration waren stets tabu.“

Damit steht er im krassen Widerspruch zu den herrschenden Parteien, die trotz des offensichtlichen Scheiterns der Integrationspolitik nicht daran denken, ihre Einwanderungs- und Wohltäterpolitik zu ändern. Ganz im Gegenteil: Der Bundeswirtschaftsminister Brüderle will schon wieder eine neue Anwerbe-Kampagne für Ausländer starten. Obwohl die Erfahrung zeigt, daß vor allem sogenannte „bildungsferne“ unterprivilegierte Bevölkerungsschichten nach Deutschland kommen. Die Sozialleistungen, die sie dann zumeist kassieren, sind in einem Jahr mehr, als sie in ihren Heimatländern ihr ganzes Leben verdienen könnten. Und die Zuwanderer kommen heutzutage hauptsächlich aus uns



BIA-Sommerfest: Die beiden BIA-Stadträte aus Nürnberg und München an einem Tisch. Vorne links Ralf Ollert, dahinter Karl Richter aus München
© Bild: BIA

zutage hauptsächlich aus uns fremden Kulturkreisen, die mit dem unseren nicht kompatibel sind und die keinerlei Bezug zu unserem Land, zu unserer Kultur und zu unseren Werten haben.

Gettoisierung, Jugendgewalt, Kriminalität und eine schleichende Unterwanderung durch den Islam sind die Folgen einer solchen verfehlten Ausländerpolitik. Während man früher solche Entwicklungen immer nur von Berlin oder Hamburg hören mußte, sind wir jetzt auch in Nürnberg auf einem ungunstigen Wege, wie die letzten Wochen mit steigenden Gewalttaten zeigten. Und in den

„NN“ vom 28.8.10 konnte man in einem Interview mit jungen Ausländern erfahren, daß Gewalt im Stadtteil Gostenhof „zur Tagesordnung“ gehört. „Hier in der Gegend brauchst Du keinen Ärger zu suchen, der Ärger findet dich“, erklärt uns der junge Tarkan. Und einer gibt an, daß in 80 Prozent aller Fälle es Ausländer seien, wenn es irgendwo „kracht“. Solches waren auch die Erkenntnisse der Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig, die kurz vor dem Erscheinen ihres Buches „Das Ende der Geduld“ auf tragische Weise ums Leben

Fortsetzung Seite 3

Anmerkungen zum Wirtschaftsbericht 2009

Die Wirtschaft hat dem Volke zu dienen!

Der jetzt für das Vorjahr vorgelegte Wirtschaftsbericht zeigt etliche Ansätze auf, deren Weiterentwicklung und Verwirklichung für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Nürnberg von enormer Wichtigkeit sind. Hier möchte ich die direkte Autobahnanbindung des Flughafens erwähnen, die nicht nur Wohnquartiere vom Durchgangsverkehr entlastet, sondern die Weiterentwicklung des Flughafens auch als Standort für Konferenzen und Tagungen mit einem geplanten sogenannten "Airport Business Center" sichert. Hier wäre die selbstverordnete dreijährige Denkpause der SPD nur dann hilfreich, wenn sie einen Denkprozess auslösen würde, was zu bezweifeln ist. Desweiteren der geplante Ausbau des Frankenschnellweges als wichtigste innerstädtische Baumaßnahme der nächsten zehn Jahre, die nicht mit immer neuen Bedenken auf den "Sanktimmerleinstag" verschoben werden darf, sondern jetzt zügig umgesetzt werden muss, bevor mit immer weniger Zuschüssen gerechnet werden kann und die Verwirklichung dann immer unwahrscheinlicher wird. Hier ging bereits wertvolle Zeit verloren. Ebenso notwendig ist der baldige besuchergerechte Ausbau der Anlegestelle für Kabinenschiffe am Hafen, die im jetzigen Zustand keine Visitenkarte Nürnbergs für Schiffstouristen darstellt und die notwendigen zusätzlichen Bemühungen um den Städtetourismus behindert. Ebenso eine große Aufgabe ist die Entwicklung der zahlreichen industriellen und sonstigen Brachflächen in unserer Stadt, die durch geänderte wirtschaftliche Verhältnisse und /oder durch Aufgabe in Folge der menschenfeindlichen, politisch von den Systemparteien jedoch

gewollten, Globalisierung entstanden sind.

Real wird der optimistische Grundtenor des Berichtes, den das Wirtschaftsreferat natürlich bemüht ist herauszustellen, getrübt durch die tatsächliche wirtschaftliche Situation der Bürger dieser Stadt, die mit enormen sozialen Problemen konfrontiert ist. Der massive Wegfall von Arbeitsplätzen in den ehemaligen Großbetrieben der Stadt, zuletzt die Pleite von Quelle, wo auch die medienwirksamen Bemühungen der Politik letztlich versagt haben, kann durch anderweitige Arbeitsstellen nicht aufgefangen werden. Wir haben hier in der Stadt inzwischen rund 50 000 Hartz IV-Empfänger, rund 34 000 Bürger leben von sogenannten "Mini-Jobs", und wir haben eine im deutschen und erst recht im bayerischen Vergleich hohe Arbeitslosigkeit, mit im Berichtszeitraum 8,4 %, zur Zeit Ende Juni 7,6 %. Die Dunkelziffer dürfte noch wesentlich höher sein, da die offizielle Statistik die wirkliche Lage nur geschönt darstellt. Dazu kommt die Situation für die ältere Generation, die ebenso immer mehr zur Kasse gebeten wird und mit realen Rentenverlusten auskommen muss. Was selbst bei den noch Beschäftigten auffällt, ist die Entwicklung weg von vernünftig bezahlten sozialversicherungspflichtigen Langzeitarbeitsplätzen, hin zu schlecht bezahlten sogenannten "Jobs" und sogenannten geringfügigen unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, mit einem verstärkten Trend zur oft unausgegorenen Selbstständigkeit, bzw. freiberuflichen Tätigkeit, als Konsequenz von drohender Arbeitslosigkeit. Die von den herrschenden Parteien geförderte Liberalisierung, man könnte auch sagen "Amerikanisierung" unserer Arbeits-

welt, zum Schaden unseres Volkes, schreitet weiter voran. Die schlechten und unsicheren Arbeits- und Einkommensverhältnisse vieler vor allem junger Bürger, in Verbindung mit berechtigten Zukunftsängsten, hemmen jedoch die für die Wirtschaftsentwicklung notwendigen Privat-Investitionen und gefährden die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und Volkes. Durch den bereits stattgefundenen und weiter geplanten Abbau von staatlichen Hilfen für sozial Schwache, werden sich die sozialen Unterschiede noch weiter vertiefen. Das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes schwindet immer mehr dahin, Unsicherheit macht sich breit, die Bereitschaft zur Zukunftsplanung mit Familiengründung und somit die Voraussetzung für die Zukunft unseres Volkes nimmt immer mehr ab. Anstatt die Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens für die Zukunftssicherung unseres Volkes einzusetzen, werden in Stadt und Land wertvolle Ressourcen für das Hirngespinnst einer Multi-Kulti-Gesellschaft verplempert und die politisch Verantwortlichen gefallen sich nach wie vor als Zahlmeister für die ganze Welt. Wertvolles Volksvermögen wird für verschiedene "Rettungsschirme" und somit für Zinszahlungen an das internationale Finanzkapital veruntreut und die Daseinsvorsorge für



Ralf Ollert © Foto: privat

die Bürger vor Ort bleibt auf der Strecke.

Das System des Liberalkapitalismus, in dem die Börsen die Dominanz über die Realwirtschaft erlangt haben, ist an seine Grenzen gelangt. Es taugt nicht als Zukunftsmodell für unser Volk.

So kann es nicht weitergehen. Deutsches Geld muss zuerst für deutsche Aufgaben eingesetzt werden. Und auch eine Stadtregierung ist zuallererst für das Wohlergehen ihrer Bürger verantwortlich und nicht vorrangig für Zuwanderer aus aller Welt und die Bedienung der internationalen Zinswirtschaft. Sollen vor allem die wachsenden Sozialkosten nicht die Kommunen, vor allem die Großstädte wie Nürnberg, regelrecht erdrücken, ist ein Politikwechsel unumgänglich.

Ralf Ollert (Wortbeitrag in der Stadtratssitzung vom 14.7.10)

Erscheinungsvermerk
Anschrift Herausgeber
und Verlag:

Ralf Ollert
Postfach 61 02 41
90222 Nürnberg

Satz und Druck: E.i.S.

Nächste Ausgabe: bis zum 31.12.2010

In Ausnahmefällen kann es vorkommen, daß die Inhaber von Bildrechten nicht festgestellt werden konnten. Sofern diesbezüglich rechtmäßige Ansprüche geltend gemacht werden, erklärt sich der Verlag bereit, die üblichen Honorare zu zahlen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen.

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Stadtrat Ralf Ollert, c/o Rathaus, Fünferplatz, 90403 Nürnberg
Ruf/Ferndruck: 09 11 / 64 61 76 // ePost: ollert@imail.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge verantwortet der jeweilige Verfasser selbst.

Nürnberg

Multikulturelle Gartenanlage in Langwasser stößt auf Ablehnung



BIA-Stadtrat Sebastian Schmaus: „Es ist eine Unverschämtheit des Herrn Maly, die Belästigungen seiner Multi-Kulti-Visionen den Bürgern in Langwasser aufs Auge zu drücken. Er selbst aber wohnt weit davon entfernt.“ © Foto: privat



Aktive der BIA protestieren mit einer Mahnwache vor dem Bau-Rathaus gegen den geplanten „Interkulturellen Garten“. © Foto: privat

Fortsetzung von Seite 1

gekommen ist. Es fehlt also nicht an warnenden und mahnenden Stimmen. Nur die herrschende Politik, auch hier in Nürnberg, will davon nichts wissen und aus der negativen Entwicklung keine Lehren ziehen. Die „Entreichung“ unseres Landes durch „Wohlstandsvernichter“, wie der erwähnte Buchautor Udo Ulfkotte viele Einwanderer sieht, geht deshalb unvermindert weiter. Notfalls erhält jeder „Migrant“ eben seinen eigenen individuellen Betreuer und die ausländischen Kinder erhalten staatliche oder städtische Rundumbetreuung, koste es, was es wolle.

Es wird deshalb Zeit, daß die Bürger „auf die Barrikaden gehen“ und die volksfeindlichen Politiker endlich abwählen, damit Deutschland das Land der Deutschen bleibt und Nürnberg eine wohnliche deutsche Stadt.

Ralf Ollert, Stadtrat

Gruppensprecher der BIA im Nürnberger Stadtrat

Wie bereits in der letzten Ausgabe berichtet, unterstützt die **Bürgerinitiative Ausländerstopp** die betroffenen Anwohner in Nürnberg-Langwasser in ihren Bemühungen gegen die Errichtung der geplanten Gartenanlage.

Mit mehreren Aktionen wurden die Bürger immer wieder auf dem Laufenden gehalten. Auch im Stadtrat wurde das Thema durch den **BIA**-Stadtrat Ralf Ollert immer wieder zur Sprache gebracht und diskutiert.

Doch trotz allen Widerstandes soll die Gartenanlage jetzt – ungeachtet der fehlenden finanziellen Mittel – durchgesetzt werden.

Der Bürger soll dann eben zahlen! Das ist der politische Wille von OB Maly und seiner Multi-Kulti-Allianz, zu der aus ideologischer Verblendung alle Rathausfraktionen gehören. Einschließlich der offenkundig von allen konservativen „Geistern“ verlassenen CSU, die im Stadtrat immer mehr zur „Gurkentruppe“ verkommt.

Am Mittwoch, dem 21. Juli 2010, führte der Stadtteilbeauftragte der **BIA**, Rainer Biller, ein Gespräch bei dem auch Mitarbeitern des Gartenbauamts zugegen waren.

Daraus konnte man entnehmen, daß selbst diesen die Anwohner leid tun, die zukünftig diesen Multi-Kulti-Garten ertragen müssen. In der sich bildenden Gesprächsrunde war auch zu hören, die betroffenen Anwohner hätten wohl die „Arschlochkarte“ gezogen. Außerdem ist es tatsächlich nicht so, daß diese „Gärten“ überall funktionieren, wie die Stadtverwaltung weismachen will. So berichteten kürzlich Besucher aus Coburg von unerträglichen Zuständen in der dortigen Einrichtung.

Doch was Multi-Kulti-Maly will bekommt er auch, unterstützt von der gleichgeschalteten Presse. Selbst wenn seine Bürger die „Arschlochkarte“ ziehen müssen. Maly wohnt ja nicht in der Breslauer Straße. Mittlerweile machen immer mehr Anwohner der Breslauer Straße den Vorschlag,

als Alternativstandort den „Interkulturellen Garten“ neben dem Wohnhaus von OB Maly zu plazieren. Dessen Nachbarn würden sich allerdings vermutlich weniger darüber „freuen“ als Maly. Aber würde der sich darüber wirklich freuen, hätte er diesen sicher auch dort plaziert statt weit entfernt.

Schon jetzt, vor der Errichtung des Multi-Kulti-Gartens, sind die Zustände in der besagten Grünanlage, mit Bewegungspark, Fußballplatz und Grillplatz fast unzumutbar. Es würden in der Grünanlage jeweils kleine und große „Geschäfte“ gemacht, klagen Anwohner, die sich in den letzten Monaten bei Stadtverwaltung und Gesundheitsamt immer wieder über verschiedenste Belästigungen beschwert haben. Doch die Antworten hätte stereotyp gelautet, man könne halt nichts machen...

Auch die Mitarbeiter des Gartenbauamts ließen durchblicken, daß nicht einmal die Polizei handeln würde. Was kommt da auf die Bürger noch zu ?!

BIA NÜRNBERG – ...die deutsche Kraft im Stadtrat.

**Sozial
geht nur
national**

www.auslaenderstopp.de



Es geschah am 17. Juli nachts in der Nürnberger Innenstadt. Sechs jugendliche „Kulturbereicherer“, Ausländer und Paß-Deutsche mit sogenanntem „Migrationshintergrund“ – also fremde Zuwanderer – haben eine Schneise der Gewalt durch die Nürnberger Innenstadt geschlagen. Sie haben acht Opfer krankenhausreif geprügelt, zwei davon schwebten sogar in Lebensgefahr.

Die Chronik der Ereignisse

Um Mitternacht ging es in der Königsstraße los: Die Bande pöbelte zwei Männer an, forderte Geld, und schlug dann sofort zu.

Kurz nach 1 Uhr wurde dann am Bahnhofsplatz ein 19-jähriger zusammengeschlagen.

Um 2.15 Uhr hatten sie es dann auf vier Männer abgesehen, die einen Junggesellenabschied in der Vorderen Sterngasse feierten. Die Bande zettelte einen Streit an, schlug zu und trat noch auf die Köpfe und Gesichter der niedergeschlagenen Opfer ein.

Einer der Geschädigten erlitt einen Unter- und Oberkiefer- sowie Joch- und Nasenbeinbruch. Er schwebte ebenso in Lebensgefahr wie einer seiner Bekannten, der eine Gehirnblutung davontrug.

Um 6 Uhr wurde dann in der Ottostraße noch ein 21-jähriger bewußtlos geprügelt.

Dann riefen Passanten die Polizei, die noch am frühen Morgen vier der Gewalttäter festnehmen konnte.

Seite 4

OB Maly schweigt zu brutaler Multi-Kulti-Kriminalität

Gewalt-Orgie in Nürnberg

Inzwischen wurde der Zusammenhang der verschiedenen Ereignisse deutlich. So konnten am Montag die Gewalttäter endgültig überführt und festgesetzt werden. Einer ist im Ausland flüchtig.

Was man bis jetzt nur von Berichten aus Berlin, Hamburg und anderen deutschen Großstädten kannte, scheint jetzt auch nach Nürnberg „überzuschwappen“: immer kriminellere und brutale Taten mit schwerer Körperverletzung!

Der frühere Bochumer Polizeipräsident Thomas Wenner (SPD) hat angesichts eines besonders brutalen Gewaltausbruchs einmal von „asiatischer Gewalt“ gesprochen. Die Nürnberger Polizei spricht von einer „neuen Qualität der Gewalt“ und bezeichnet diese Gewalt-Orgie als „ohne Beispiel“ bis jetzt in Nürnberg.

Tatsache ist, daß bei den meisten derartigen Gewalttaten jugendliche Ausländer und solche mit Migrationshintergrund die Täter sind. Leider gibt es natürlich auch deutsche Gewalttäter, die eingesperrt werden müssen.

Gerade deshalb sollten wir aber nicht noch zusätzlich nicht-integrierbare und gewaltbereite Ausländer in unser Land lassen und hier behalten. Alle Täter des jüngsten Falles sind bereits polizeibekannt.

Warum werden diese nicht abgeschoben, wenn sie sich in Deutschland nicht sozialverträglich verhalten? Warum müssen wir Unsummen für gescheiterte Integrationsbemühungen ausgeben und versuchen Unbelehrbare zu resozialisieren?

Von den in Nürnberg betreuten 80 jugendlichen sogenannten „Intensivtätern“ sind ganze 18 Volksdeutsche, die anderen Ausländer oder Paß-Deutsche Zuwanderer.

Warum man übrigens erst dann als „Intensivtäter“ speziell betreut wird, wenn man neben Körperverletzungsdelikten zusätzlich auch Eigentumsdelikte, wie Einbrüche, begangen hat, wie ein Polizeisprecher erläuterte, ist wohl keinem normalen Bürger verständlich.

Immer noch werden in diesem kapitalistischen System ja oft Eigentumsdelikte härter geahndet als Gewaltdelikte.

Neben der Forderung nach Abschiebung von kriminellen Ausländern müßte es nach Auffassung der **BIA** auch möglich sein, wie jetzt auch in Frankreich geplant, solchen „Bereicherern“ die deutsche Staatsbürgerschaft wieder abzuerkennen.

Auch die deutsche Justiz muß sich fragen lassen, ob man bei derartigen Straftätern nicht zu zögerlich reagiert und unangebrachte Milde walten läßt,

während man bei reinen „Meinungsäußerungs-Delikten“ mit nationalem Hintergrund oft drakonische Strafen bis hin zu mehrjährigen Gefängnisstrafen ausspricht. Dies steht nach Ansicht objektiver Beobachter in keinem Verhältnis und widerspricht dem Grundrecht auf Meinungsfreiheit, welches in Deutschland wie in nahezu keinem anderen Land juristisch eingeschränkt wird.

Angesichts dieser beispiellosen Gewalt-Orgie gab es so gut wie keine Reaktionen der herrschenden Politiker-Kaste.

Auch nicht von der in Nürnberg, mit OB Maly und der „moralischen Instanz“ Herrn Hamburger an der Spitze, die bei jeder der äußerst seltenen, zu verurteilenden Gewalttaten von mutmaßlich Nationalgesinnten in Betroffenheitsritualen verfallen, Lichterketten, Gedenkveranstaltungen und Demonstrationen veranstalten sowie härteste Strafen wie Konsequenzen fordern.

Auf eine derartige Entschlossenheit wird man hier wohl vergeblich warten, von einer Umkehr in der „Multi-Kulti“-Politik ganz zu schweigen.

Ralf Ollert, Stadtrat

Sprecher der Stadtratsgruppe der **Bürgerinitiative Ausländerstopp** in Nürnberg.

BIA